

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Filialerpedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via Newyork

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Monatsabonnement auf den „Volksstaat“ für 4 Ngr. nehmen sämtliche Filialexpeditionen an. In Leipzig und Umgegend nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen, sowie die Expedition des „Volksstaat“, Petersstraße 18.

Die Kommune.

Großartig war es, wie zum Kampf das Volk die rote Fahne trug, Und wie es sank und über ihm ein Flammenmeer zusammenschlug. Ein stolzer Scheiterhaufen war's bei diesem stolzen Untergang; Sei! was im Fall die Rebellion sich eine Leichenfackel schwang! Es strahlte mächtig dieses Licht — ein Schreck den Schurken durch die Welt, Es hat — ein Trost in düst'rer Nacht — wohl manches trübe Herz erhellt.

Wenn so die Kämpfer untergehn, ist's Niederlage nicht, ist's Sieg, Es ist das Ende nicht des Kampfs, nur erste Schlacht im großen Krieg.

Es wird kein Ende, — zittert nur! ihr Mörder wißt es selber gut! —

Bevor nicht euer Dolch verspricht des letzten freien Mannes Blut.

Lautdonnernd von der Alpenwand stürzt die Lawine in das Thal. Doch an dem Schuttwall bricht sie sich, und sie zerfließt mit Einem Mal;

Allein von Fels zu Fels erdröhnt stets mächtiger der Widerhall; Enisseffelt wälzen sich heran Lawinen von den Bergen all.

Da kann kein Wall mehr widerstehn, es dämmt kein Damm sie ein, o glaubt!

Die Rebellion naht wie der Sturm, schüttelt ihr blut'ges Lodenhaupt;

Oa! Bliß und Donner, Krach auf Krach! in ihren Fugen bebt die Welt, Daß Pfaffenhum und Junkerhum und Progenthum in Trümmern fällt.

K.

Politische Uebersicht.

Wir haben bereits hervorgehoben, daß der Prozeß der Kommune trotz aller Vorsichtsmaßregeln der sich zu Nichtern aufwerfenden Mörder für diese den möglichst ungünstigen Verlauf nimmt. Die zwei Hauptanklagen: Die der Brandstiftung und Plünderung sind vollständig zusammengebrochen, und es ist umgekehrt der Beweis geliefert worden, daß die Finanzverwaltung der Kommune ebenso sparsam als un-eigennützig war, und daß die eingekerkerten Bauten im Kampf, und zum Theil durch Versailler Bomben zerstört wurden. In Bezug auf die angebliche Brandstiftung sind wir beiläufig von den überlebenden Mitgliedern der Kommune zu der kategorischen Erklärung ermächtigt, daß Alles, was von Petroleur- oder Petroleusen-Banden gesagt worden ist, auf Erdichtung beruht, und auch des leisesten tatsächlichen Anhalts entbehrt. Das Verhör Courbet's, über das wir heute berichten, ergibt weiter, daß die „Theiler“ der Kommune das „Eigenthum“ der Nation aus den Lang-fingern des „Gesellschaftsretters“ par excellence zu retten hatten.

Dies vorausgeschickt, theilen wir nachfolgend weitere Auszüge aus den kriegsgerichtlichen Verhandlungen mit: In dem Zeugenverhör gegen Villoray erscheint der General Chanzy. Der Zeuge sagt aus: Als ich in der Nacht vom 28. zum 29. März mit dem General Langorain auf das Stadthaus und vor das Centralcomité gebracht wurde, machte uns dort ein blonder, junger Mann mit langem Haar, der als Nationalgardist gekleidet war, zu unserer Ueberraschung(!) lebhaftest Entschuldigungen. Er äußerte sein Bedauern über die „Ermordung“ der Generale Clement Thomas und Lecointe, was ihm sogar scharfe Vorwürfe von einem seiner Kollegen zuzog, und ersuchte uns, daß man uns nur aus Sorge um unsere persönliche Sicherheit bisher in Haft behalten habe und nun in Freiheit setze. Zeuge erkennt Herrn Villoray als diese Person nicht wieder, (der Angeklagte hat sich inzwischen Bart und Haare kurz schneiden lassen), doch erinnert ihn die Färbung des Antlitzes des Centralcomité's wieder zu erkennen glaubt. Villoray: Zeuge wird sich vielleicht erinnern, daß ich, als ich jene Worte sprach, an den Kamin gelehnt war. (General Chanzy bekräftigt das.) Es ist also erwiesen, daß ich schon damals die Ermordung der Generale streng verurtheilte.

Präsident richtet noch einige nachträgliche Fragen an Jourde: Wie verhält es sich mit den 9067 Fr., die Sie bei Ihrer Verhaftung bei sich führten?

Jourde: Am Dienstag früh kam der Wohlfahrtsausschuß zu mir und sagte mir, daß jeder von uns, den man ergreife, auf der Stelle erschossen würde. Ich sollte daher jedem Mitglied der Kommune 2000 Frs. geben, damit sie wenigstens für die nächsten Bedürfnisse ihrer

Familie sorgen könnten. Ich meinte, 1300 Frs. wären genug, nahm also 40,000 Frs. mit mir und konnte von denselben, da ich noch 30 meiner Kollegen antraf, 30,000 Frs. abgeben, so daß mir etwa 9000 Frs. verblieben, die ich in meine Weste einnähte. Ich hätte bei meiner Verhaftung diese Banknoten leicht vernichten können, da man sie mir erst 12 Stunden später abnahm, hatte aber keinen Grund, den wahren Sachverhalt zu verhehlen und kann hinzufügen, daß nur 120 Frs. von dieser Summe mir selbst angehörten.

Hr. v. Bloenc, Untergouverneur der Bank von Frankreich, giebt nähere Aufschlüsse über die zuerst von Jourde und Barlin, dann von Jourde allein gemachten Requisitionen. Das erste Mal verlangte man 700,000 Frs. Zeuge erbat sich eine kurze Frist und eilte zu dem Admiral Saisset, der ihm aber erklärte, daß er Nichts thun könne. Wir hatten, fährt der Zeuge fort, damals drei Milliarden in der Bank, zwei Milliarden baar und eine dritte in Banknoten, für die nur noch der letzte Stempeldruck fehlte. Hr. Beslay, der sich eine Delegation für die Bank hatte ausstellen lassen, stand mir in dieser gefährlichen Lage vorzüglich zur Seite; er ver barg mich, als Raoul Rigault einen Haftbefehl gegen mich erließ, und half mir auch sonst stets gegen die Zumuthungen der Kommune. In der Folge mußte ich Barren im Werthe von 1,300,000 Frs. herausgeben, die in der Münze geprägt, aber meines Wissens nicht in Umlauf gesetzt wurden. Die partiiellen Requisitionen dauerten fort bis zum 22. Mai, und noch am folgenden Tage gab ich eine letzte Anzahlung von 700,000 Frs. Jourde machte mir den Eindruck eines Mannes, der seine Autorität nur gebraucht, um Gewaltthatigkeiten zu verhindern, was nicht ausschloß, daß er bisweilen zu heftigen Drohungen schritt.

Jourde macht darauf aufmerksam, daß Beslay amtlich sein Untergebener war und nur seinen Eingebungen gehorchte, wenn er gegen die Bank Schonung wälten ließ.

Rigniot, Cassier der Bank, bekundet in ähnlichem Sinne, wie Bloenc. Eine längere Diskussion entspinnt sich nur noch über den Verbleib von 2,500,000 Frs., welche Jourde noch am 20. Mai requirirt hat. Jourde behauptet, daß der Sold der Nationalgarde in einzelnen Quartieren noch bis zum 25. gezahlt worden sei; übrigens waren die letzten Requisitionen nicht vor ihm, sondern von vier Mitgliedern des Wohlfahrtsausschusses unterzeichnet, (die fehlende fünfte Unterschrift ist die von Villoray).

Als Entlastungszeugen erscheinen dann: Der Hauswirth Jourde's, Baillet, welcher bekundet, daß der Angeklagte auch während seiner Amtsführung, da ihm täglich Millionen ohne Kontrolle durch die Hände gingen, nichts in seinen Gewohnheiten änderte, wie seine Geliebte auch ferner die Wäsche selbst wusch, und das Kind in die Armenerschule ging.

Weiter Frégogli, ein Mitarbeiter des „National“, der am Montag Augenzeuge war, wie man den ersten Brand des Finanzministeriums mit aller Macht zu löschen suchte, wobei allgemein die Ueberzeugung herrschte, daß dieser Brand durch eine von den Versaillern geseudete Bombe entstanden war; endlich der Restaurateur Rey, welcher aussagt, daß Jourde, der mit seiner Familie bei ihm seine Mahlzeiten nahm, in den zwei Monaten seiner Amtsführung nicht mehr als 224 Frs. (d. h. circa 1 Thaler täglich für die ganze Familie) verzehrte.

Der Präsident streitet zum Verhör des Maler Courbet; derselbe ist seit seiner Verhaftung krankhaft leidend gewesen und hat auch die letzte Nacht noch im Hospital zugebracht. Auf den Vorwurf des Präsidenten, daß Courbet für die „Verbrechen“ der Kommune mit verantwortlich sei, antwortet dieser: Ich suchte nach Kräften dem Uebel zu steuern. So bemühte ich mich dafür, daß Versaillern den Pariser Föderierten das Recht von Kriegführenden anerkenne; damit wäre viel Blutvergießen verhindert worden.

Präs.: Es war ganz undenkbar, daß eine regelmäßige Regierung (!) bewaffnete Empörer (!) als Kriegführende anerkennen könnte.

Angell: Allerdings, aber unter Mithilgen hielt ich eine Verständigung für möglich. Ich hatte zudem, da ich seit dem 4. September an der Spitze der Verwaltung der schönen Künste stand, auch die Aufgabe, auf den Schutz unserer Kunstwerke bedacht zu sein; zu diesem Behuf mußte ich in die Kommune selbst eintreten und in der That befanden sich unsere Kunstsammlungen heute in demselben Stande wie am 4. September. Demals hatten mich die Künstler in freier Wahl zum „Präsidenten der Künste“ an Stelle des Hr. v. Neuwerkerke ernannt. Ich nahm das Amt, weil ich dies für eine Bürgerpflicht hielt, an, jedoch nur auf die Dauer des Krieges und mit einem Komitee zur Seite. Ich wurde von dem Unterrichtsminister Hr. Jules Simon, in diesen Funktionen bestätigt und wir brachten alle Schätze von Paris, Sedres, St. Cloud u. s. w. in Sicherheit. Ich habe persönlich den berühmten Velox von St. Cloud gerettet, die Horace Bernes von Versailles abgeholt, die Reittungen in den Gobelins, in Fontainebleau, überall geleitet. In Reidou blieb mir nicht viel zu thun übrig, da der Prinz Napoleon schon selbst von dort fast alles fortgeschafft hatte. In Rainvaux ließ man gegen meinen Wunsch einige Stücke zurück; ein preussischer Offizier hat sie später in Raßel für etwa 125,000 Frs. verkauft. Ich war es, der den Triumphbogen und die Kopie von Marly (am Eingange der großen Avenue der elysäischen Felder) mit schützenden Erdwerken umgeben ließ. Als ich mit 4600 Stimmen in die Kommune gewählt wurde, erblickte ich in derselben nur eine Decentralisation der Gewalten. Auch in der neuen Stellung wirkte ich nur für die Kunst. Ich sorgte dafür, daß die Louvre-Beamten nicht in die Nationalgarde zu treten brauchten; ich ließ 29 Kisten anhalten, die von Pierrefonds ankamen und nach England zu dem Kr-Kaiser wandern sollten; sie enthielten in der That die berühmte Sammlung militärischer Waffen und die Archive dieses Schlosses.

Präsident: Sie haben auch der Kommunesitzung beigewohnt, in welcher man die Verhörung der zum Andenken des Generals Bréa errichteten Kapelle beschloß.

Angell: Den Sitzungen mußte ich beiwohnen, weil ich dort meine Besuche empfing. Es gingen mir mehr als 1500 Gesuche um Stellen zu; ich habe aber keine einzige verlesen, weil meiner Ansicht nach alle durch Konkurs und Wahl vergeben werden sollten.

Präs.: Welche Rolle spielten Sie bei der Zerstörung des Hauses von Thiers?

Angell: Die Rolle eines Reiters, und in der That war ich dort am Plage, weil es Kunstwerke zu retten gab. Als ich hinkam, war man schon mit der Verpackung begriffen; doch gingen die Leute verhältnißmäßig vorsichtig zu Werke. Da ich zwei kleine Figuren in Terracotta auf der Erde liegen sah, hob ich sie auf, um sie dem Eigenthümer zurückzuerhalten, dem sie vielleicht lieb sein konnten; Hr. Thiers selbst hat anerkannt, daß ich nicht fähig war, sie mir widerrechtlich anzueignen.

Präs.: In der Sitzung vom 27. April verlangten Sie die Ausführung des Decrets betreffend die Vendome säule.

Angell: Dies geschah nur im Sinne der öffentlichen Meinung und der Regierung vom 4. September selbst, welche schon den kleinen Napoleon von Courbevoie, den Zeugen Eugen von dem

gleichnamigen Boulevard und Napoleon III. von dem neuen Louvre-Logen hatte weggeschaffen lassen.

Präsident: Wie verhält es sich mit den Bildern, die Sie im Passage du Samnon in Verwahrung gegeben haben?

Angell: Diese Bilder, theils von mir selbst, theils von anderen Malern, welche letzteren ich in Deutschland und anderswärts gekauft hatte, waren mein ganzes Vermögen, da die Preußen mir in Ornaus viel zerstört haben. Um auf die Vendomesäule zurückzukommen, so bekämpfte ich dieselbe nur vom künstlerischen Standpunkte, während Andere auch geltend machten, daß sie den Hohn der fremden Nationen heraufschändete. Sie war eine schlechte Reproduktion der Trajanssäule, die-Sculptur wahrhaft sinnlich und lange nicht einmal auf der Höhe der Zeit, in der sie entstand: keine Perspektive, die Figuren geradezu grotesk. Da meinte ich denn, daß man die Säule als ein rein militärisches Denkmal vor das Haus der Invaliden stellen sollte.

Reg.-Komm. Gaveau: Bei den Akten befindet sich ein von dem Angeklagten unter dem 14. September an die Regierung gerichteter Schreiben, in welchem er die Zerstörung der Vendomesäule empfiehlt und diesen Antrag mit politischen Gründen motivirt.

Abd. Lachaud: Ähnliche Vorschläge sind von Ministern und hohen Beamten gemacht worden.

Courbet: Ein Minister hat sogar gegen mich die Idee geäußert, die Statue Bonaparte's in ein Denkmal der Stadt Straßburg unzugänglich und ich habe ihm dies ausgeredet.

Die Zeugen werden vernommen: Von dem Zeugen Charton wird in einer Zuschrift bekundet: Courbet hätte das Mögliche gethan, um Gaveau zu retten. — Baillet, Beamter der Affisance publique, hat auf Befehl Courbet's die mit Beschlag belegten Papiere dieser Anstalt und seine eigenen Sachen zurückgehalten; Courbet war es zu danken, wenn die Hausdurchsuchungen in dem ganzen Viertel ausblieben. — Eine Bedienungsfrau des Herrn von Choiseul bezeugt, daß Courbet ihrem Herrn einen Kleidschrein geschafft und die Plünderung seines Hotels verhindert hätte.

Barbet-de-Jouy, Conservator des Louvre, gesteht, daß Courbet wider seine Erwartung den Dienst in den Kunstsammlungen nicht nur nicht gestört habe, sondern ihm im Gegentheil nur förderlich gewesen sei; übrigens sei er in der letzten Zeit gar nicht mehr in den Museen erschienen.

Der ehemalige Bauteurminister Dorian äußert ebenfalls seine Sympathien für den Angeklagten. (Fortsetz. folgt.)

Die französische Polizei hat, da ihr die Macht fehlt, in Marx's Londoner Behauptung die „geheimen“ Papiere der „Kommunistenverschwörung“ zu durchgraben, sich die Genugthuung nicht versagen können, wenigstens an den Töchtern von Marr, und seinem Schwiegersohn, dem Arzt Lafargue aus Bordeaux, ihr Muthchen zu kühlen. Die Genannten befanden sich auf einem Landhause zu Luchon, nahe der spanischen Grenze, als sie vor einigen Tagen den Besuch des Polizei-Präsidenten Leratry und des Generalstaatsanwalts Delpech empfingen, welche sie einem längeren Verhör unterwarfen. Herr Lafargue begab sich darauf nach dem spanischen Dorfe Vossoz, während die Damen nach Foix reisten. Hier wurden dieselben verhaftet und nach ihrem früheren Aufenthalt Luchon zurückgebracht, wo sie — nach dem Bericht Seinguerlets in der „Frankfurter Zeitung“ vom 14. August — „unter der Aufsicht zweier Gensdarmen wohnen“. Auch ist der französische Staatsanwalt nach Vossoz gereist, um von der spanischen Behörde die Verhaftung Lafargue's zu erwirken. — Natürlich hat man bei Frau Lafargue und ihren Schwestern weiter nichts gefunden, als harmlose Familienbriefe, und von Lafargue wissen wir, daß auch nicht das geringste belastende Moment gegen ihn vorliegt. Kindische Angst vor Marx ist das einzige Motiv des lächerlichen Gewaltstreichs. Zum Glück gilt in Frankreich das Sprichwort: Le ridicule tue — das Lächerliche tödtet. —

Die Frau des Kommune-Mitglieds und früheren Marxseillaire-Redakteurs Willière ist aus der Haft entlassen worden; gleichzeitig geht das Gerücht, daß Willière nicht erschossen, sondern glücklich entkommen sei, und daß der wirklich fälschlich Willière ein Nationalgardeoberst gewesen, der lediglich infolge seines Namens irrtümlich erschossen wurde. Bestätigt sich dieses Gerücht, dann wehe dem Erbschleicher, Urkundenfälscher und Ehebrecher Jules Favre, denn der lebende Willière würde sicherlich in Kürze die Fortsetzung der auf die Affaire Abiot bezüglichen Aktenstücke herausgeben und den statt seiner auf Favre's expressen Befehl ermordeten Namensvetter gebührend zu rächen wissen.

Beiläufig existirte nicht für Willière ein solcher Befehl. Nach Mittheilungen, die uns von kompetentester Seite zugegangen sind, unterliegt es nicht dem mindesten Zweifel, daß die Versailler Vandalenregierung im Bewußtsein ihrer Schuld und um die Zeugen ihrer Berräthereien und sonstigen Niederträchtigkeiten „stille zu machen“, vor dem Einmarsch in Paris den Soldaten Ordre gegeben hatte, sämtliche Mitglieder und hervorragenden Anhänger der Kommune sofort auf dem Fleck zu erschießen, und zwar unter dem ausdrücklichen Versprechen einer Belohnung! Mit dieser Maßregel schossen jedoch die gesellschaftsretterischen Nordbrenner über das Ziel hinaus, denn um sich das Blutgeld nicht wegschnappen zu lassen, untersuchten die schnapstrunknen Soldaten nicht lang, wen sie vor sich hatten, und meißelten mit Verfeinerthath Jedem nieder, in dem sie einen der Gefangenen vermutheten. So geschah es, daß eine Menge „Unschuldiger“ wegen zufälliger Namensgleichheit oder Aehnlichkeit in den Gesichtszügen erschossen wurden und dagegen Vielen, auf die es abgesehen war, die Möglichkeit der Rettung geboten wurde. —

Um der Internationalen das Lebenslicht auszublasen und damit die Quelle aller Revolutionen zu verstopfen, hat der Versailler Justizminister folgenden sinnreichen Geseppentwurf ausprobtirt und der Junterversammlung vorgelegt:

Fortsetzung auf Seite 4.

Zur Erinnerung für die deutschen Nordpatrioten.

1806—1807.

(Fortsetzung.)

Kapitulation Nr. 15. — Wienburg.

Kommandant dieser kleinen Festung war Generalmajor Stradwiss, zweiter Kommandant, und zwar „auf Empfehlung des Generals Blücher“, der Artillieremajor Colson und Ingenieur vom Platz der Hauptmann Geyling. Munition und Lebensmittel, die bombensicher untergebracht waren, gab es genug für 3 Wochen. Die Besatzung bestand aus 2911 Mann. An Geschützen hatte man 39 Kanonen von allen Kalibern, 10 Haubitzen, 2 Mörser und 12 Wallbüchsen, „für die Festung also eine hinreichende Anzahl.“

Am 24. November brach das Parolmentiren los. Im Kriegsrathe drängte der Major Colson am heftigsten zur Uebergabe, obgleich er von Blücher empfohlen war, und die Memmelsbüchse der Verteidiger Valencienne's gelernt haben konnte, bei dessen Belagerung 1793 er sich „besonders ausgezeichnet hatte.“ Die Kapitulationspunkte wurden vereinbart zwischen dem französischen Kapitän Emery und den preussischen Offizieren: Major Dreßler, Major Colson, Lieutenant Bismarck vom Regiment Prinz Ferdinand und Longe de Beauveset vom Regiment Wedell. Am 25. wurde die Kapitulation der Garnison bekannt gemacht und am 26. die Festung dem Feinde übergeben. „So fiel denn am 26. November auch Wienburg ohne alle Verteidigung dem Feinde in die Hände. Wenn ein baldiger Fall bei ernstlichen Anstalten des Feindes auch vorzusufehen war, so mußten solche Anstalten doch wenigstens erst abgewartet werden, da mit dem leichten Feldgeschütz des Feindes weder Schleusen noch Vatardeaux so leicht zerstört noch die Stadt in Brand gesetzt werden konnte, wenn die schweren Kaliber der Festung dem Feind in der gehörigen Entfernung erhielten. Mit Wienburg fiel — mit Ausnahme Schlesiens — der letzte feste Punkt Preußens auf dem linken Oderufer.“

„Ohne das Kriegsmaterial, welches zur Ausrüstung der Festungen selbst gehörte, waren 511 Geschütze, 12 Trainkolonnen und 3 Pontontrains verlorren gegangen, außer dem Material der sächsischen Armee.“

Briefliche Gedankensätze zur Würdigung des dritten hohenzollern'schen Friedrich Wilhelm.

Der Generalmajor von Höpfer nimmt Anstand, die französisch geschriebenen Briefe des Königs an Napoleon in deutscher Uebersetzung zu drucken. Sie sollten, in fremder Sprache einem dicken, theuren Buche eingelegt, dem Publikum möglichst unzugänglich gemacht werden. In dem Wettkampfe gegenseitiger Ueberlistung schreibt der Hohenzoller dem französischen Kaiser wie folgt, am 26. Oktober: „Mein Herr Bruder! Niemand hat mehr wie ich die unglücklichen Umstände bejammert, die den Kriegszustand zwischen uns herbeigeführt haben, der doch zweifelsohne sich so wenig mit den wirklichen Interessen unsrer beiden Nationen verträgt. Sie sind zu gerecht, mein Herr Bruder, um mich des unüberlegten Bruchs des Bandes anzuliegen, welches meine persönliche Neigung zu Ihnen mir doppelt theuer macht. Sie sind zu groß, als daß das Ergebnis eines einzigen Tages Sie veranlassen könnte, mich geringer zu schätzen. Indem ich den Marquis von Lucchesini in Ew. M. Hauptquartier gesandt, um dort über den Waffenstillstand und den Frieden zu verhandeln, glaube ich den aufrichtigen Wunsch befehlen zu haben, daß die Beziehungen, wie sie einzig zwischen uns bestehen sollten, wieder aufgenommen werden möchten. Darf ich Ihnen, Eire, ein Geständniß machen? Es schmerzt mich tief, noch ohne Nachrichten über den Empfang zu sein, der den Eröffnungen dieses Ministers bereitet worden ist. Wenn er ein solcher gewesen, wie ihn mein Vertrauen zu den Entschliessungen Ew. Kais. Majestät erwarten läßt, warum bin ich nicht schon längst davon unterrichtet worden? Die Rücksendung der russischen Armeen würde die sofortige Folge sein, und aus einem Zustande der Ungewißheit befreit, der mich schwer drückt, würde ich nicht zögern, Ew. K. Majestät den Beweis meines heißen Wunsches zu geben, mit Aufrichtigkeit meinen Verpflichtungen nachzukommen, die, wie ich zu glauben wage, der Anfang einer neuen und unveränderlichen Innigkeit zwischen uns sein werden.“

Da die Russen zu langsam und in sehr schwacher Zahl anrückten — sie hatten ihre Thätigkeit in Folge der Wirren im übrigen Europa hauptsächlich auf die Türkei und geradezu auf Konstantinopel gerichtet — so schrieb Friedrich Wilhelm am 7. November durch den Major Rauch an Napoleon: „Mein Herr Bruder! Indem ich Ew. K. Majestät um Frieden bat, handelte ich nicht nur nach den Vorschriften meiner Vernunft, sondern auch nach denen meines Herzens. Ungeachtet der schrecklichen Opfer, die Sie, Eire, mir auferlegt haben, wünsche ich dennoch aufs Wärmste, daß dieser Friede, der ja schon durch meine Annahme seiner Grundlagen gesichert ist, mich bald in Stand setzen möge, die freundschaftlichen Beziehungen mit Ew. K. M. wieder aufzunehmen, die eine kurze Spanne des Krieges unterbrochen hat. Es ist süß für mich, mein Herr Bruder, von diesem Augenblicke an meinen aufrichtigen Wunsch, Sie zu nähren, durch einen Beweis des Vertrauens zu bekunden, und ich glaube ihn Ew. K. M. dadurch zu geben, daß ich nicht einmal die Zeichnung des Friedensvertrags abwartete, um den Marsch der russischen Truppen aufzuhalten.“

„Ich bin von dem wärmsten Wunsche befeelt, daß Ew. M. in meinen Palästen in einer Weise empfangen und behandelt werde, die Ihnen angenehm sein muß, und darauf bezüglich habe ich eifrig alle die Maßregeln getroffen, welche die Umstände gestatteten. Möchten sie das Gelingen verkürzen! Wollen sie dagegen Ew. K. M. erlauben, seiner Großmuth meine Hauptstadt und die brandenburgischen Marken zu empfehlen. Von der Natur wenig begünstigt, sind sie gewissermaßen das Werk meines unsterblichen Ahnherrn. Eire, betrachten Sie dieselben als ein Monument, welches er sich selbst errichtet hat, und die vielen Verührungspunkte, welche zwischen Ew. M. und jenem großen Mann bestehen, werden für Sie — ich bin dessen sicher — neue Beweggründe sein, eine edelmüthige Behandlung seiner Schöpfung obwalten zu lassen.“

„Ferner wage ich Ew. M. zu bitten, die schmerzlichen mir aufgelegten Verluste um das Halberstädter Land und die Gebiete des Herzogthums Magdeburg zu verringern. Einen solchen Beschluß würde ich als ein kostbares Zeichen Seiner

persönlichen Gefühle für mich betrachten, und, Eire, rechnen Sie auf mein Wort, ich werde mich mit wahren Eifer bemühen, sie aufs Gerechteste zu verwalten.“

In diesen Briefen ist keine Spur von der Nürnberger Affektation zu finden, die darin bestand, daß Friedrich Wilhelm III. die persönlichen Fürwörter wegließ und die Zeitwörter nicht konjugirte. Seine Sprachweise war gewöhnlich, wie die „Kreuzzeitung“ bestätigen wird, etwa diese: „Monument aufstellen, nichts verschlagen, Plebs doch lachen, Kommunisten par einschmeißen.“

Wie das trianguläre Begauernungsduell zwischen dem „gerechten“, in Neutralität „gemacht habenden“ hohenzollern'schen Weisen, dem „Erbschinde“ und dem „Erbsfreund“ zu Tilsit endete, ist bekannt. (Fortsetz. folgt.)

Wie es um den „Schutz der Deutschen im Ausland“ bestellt ist, und daß das Ziegler'sche Wort: „ich gehe zum Kabi“ auch den diplomatischen Vertretern des „neuen Reichs“ gegenüber gilt, zeigt nachstehende Korrespondenz eines Landsmannes, der mit dem Civis Germanus sum! „dort hinten in der Türkei“ schlechte Erfahrungen gemacht hat:

Pera (Konstantinopel), 10. August 1871.

„Hier ist soeben in Tschiragan der 35., sage fünf- und dreißigste kaiserliche Palast mit einem Aufwande von 3 Millionen Lira (à 6 Thlr. 6—8 Sgr. nach Cours) fertig geworden, während Gehälter und Sold seit vielen Monaten rückständig sind, das Volk unter den Abgaben erliegt und der Staat hauptsächlich nur noch vom Schuldenmachen existirt.“

„Die Gesandtschaften nehmen jetzt das ganze Personal mit an den Bosphorus hinaus und die deutsche hat nicht einmal Jemanden in dem Hotel zurückgelassen, der Eingaben entgegennehme, sondern ein Bedienter weist auf die beliebte papige und ordinäre diplomatische Weise das Publikum nach Bujukdere resp. an die türkische höchst unzuverlässige Lokalpost. Obgleich man vor einigen Jahren ein großes Gesandtschaftshotel mit einem schönen Garten für 24,000 Lr. oder 150,000 Thlr. gekauft hat, wovon indessen der Eigentümer wohl kaum 16,000 Lr. bekommen hat und der Rest in die Taschen der die Gesandtschaften umspinnenden Levantiner gefallen ist, hat man in Folge der letzten politischen Ereignisse wieder ein neues Hotel für 3000 Lr. (19,000 Thlr.) jährlich gemiethet, wovon ebenfalls einige Hundert als Trinkgeld für die erwähnten Levantiner; auch dieses Hotel steht jetzt, wie gesagt, ganz leer.“

„Um die Herren diplomatischen Beamten, abgesehen von denen der Gesandtschaften, die wohl gar Nichts thun, für ihre freundlichen Verhältnisse zu den Levantinern zu belohnen, haben es die Letztern dahin gebracht, daß die säkralische Arbeitslast von täglich vier Stunden, 10 Uhr Vorm. bis 2 Uhr Nachmitt., auf drei Stunden heruntergesetzt ist, indem die Herren um zwölf Uhr schon wieder Hunger kriegen und bis um ein Uhr speisen müssen; Sie können sich denken, was aus der Stunde von ein bis zwei Uhr wird. Damit noch nicht zufrieden, hat der neue Konsul Friedländer die Gesandten nachgeahmt, sich ruhig nach Therapie hingelegt und Geschäfte Geschäfte sein lassen, jedoch dieses bequame Leben auf Weisung der Regierung aufgeben und wieder hieher zurückkehren müssen.“

„Man wollte auch leztlich hier eine deutsche Zeitung begründen und wandte sich deshalb an die echten Deutschen Tessa, Finzi, Kitzanides u. s. w., die den „Phare du Bosphore“ bewogen, halb deutsch zu erscheinen, es fanden sich aber wegen des plumpen gemeinen Inhaltes, welcher der phanariotischen Form entsprach, gerade zwei Abonnenten, davon ein Desterreicher, so daß das Blatt nach 18 Tagen wieder ganz französisch erschien, und wir wieder ohne deutsche Zeitung sind, während die Deutschen nebst den auf das Deutsche angewiesenen Ungarn, Polen, Schweizern viele Tausende zählen und die paar hundert englischen Familien zwei täglich erscheinende englisch-französische Zeitungen erhalten.“

„Vor ein paar Jahren suchte die Regierung die hiesige Kolonie zu bewegen, eine Gemeinde zu bilden, deren Vorstände, wie es scheint, als Gegengewicht gegen die Gesandtschaft und das Konsulat dienen sollten; der damalige Gesandte, derselbe, der, als die Deutschen eine Feuerwehr zu errichten wünschten, antwortete, er sähe nicht, worin die deutsche Feuerwehr besser sein könnte, als die hiesigen Tulkumbadschi's (eine Mordbrenner- und Diebsbände), frug seine Levantiner um Rath und diese schlugen dann einigen der angesehensten Deutschen vor, sie möchten die Vorsteherämter übernehmen, man würde die Kolonie mit 50 Piastrern per Kopf besteuern, um ihnen gute Gehälter zu sichern und ihnen ein Lokal im Gesandtschaftshotel zu ihren Sitzungen zur Verfügung stellen, waren jedoch sehr erstaunt, zu vernehmen, daß Gemeindevorsteher durch öffentliche allgemeine Wahlen ernannt werden müssen, die Gemeinden für ihre Lokale und Ausgaben selbst zu sorgen haben, eine Kopfsteuer von 50 Piastrern (3 Thlr.), gleichmäßig für den Armen wie den reichen Kaufmann, wohl nach früheren türkischen jedoch nicht nach deutschen Gesetzen zulässig sei und ein Gesandter auf einen Gemeinderath keinen andern Einfluß ausüben dürfe, als in Deutschland ein Minister auf den Bürgermeister oder Schulzen, worauf man den Entwurf murrend fallen ließ.“

„Die Vertretung der deutschen Kolonisten wird sehr gewissenhaft gehandhabt, jedoch mit den Stiefelabsägern: Als der Schlossermeister Kleinert wegen eines zu reparirenden Koffers auf das Konsulat beschieden wurde und der Amtsdienner nur dessen Frau zu Hause fand, welche sich weigerte zu folgen, indem sie allein zu Hause sei, das Mittagessen bereiten und für ihr Kind Sorge tragen müsse, kam es zwischen ihr und dem Amtsdienner zu Schimpfreden; Letzterer requirirte außer den vier Konsulatskrawatten noch drei andere von der Wache, welche Heldenschaar die Frau bei den Haaren aus dem Hause schleifte, zu Boden warf und ihr auf der Straße auf dem Leibe herumtrampelte, so daß die ganze Gasse in schreckliche Aufregung gerieth und ein vorübergehender türkischer Offizier den Krawatten zurief, abzulassen, damit der Vorfall nicht etwa der türkischen Regierung Schuld gegeben werden möchte; Herr Kleinert kam dazu und suchte einen Stein aus unserm

*) „Ich bin deutscher Bürger“ — nationalliberale Travestie des berühmten Civis Romanus sum! Ich bin römischer Bürger! Für die alten Römer gab es kein Ausland, denn sie waren Herren der Welt, und obendrein Herren im eigenen Haus; während die Deutschen weder das Eine noch das Andere sind, dabei im kabbulischen Stutzen oder dressirte Gladiatoren, in der Fremde — was obige Figura zeigt.

sehr lockern Pflaster zu reifen, um seiner Frau zu Hülfe zu eilen; wurde jedoch gepackt, gemißhandelt, ihm die Arme, zweimal umgedreht, auf den Rücken gebunden und er dann mit der blutenden und jammernden Frau unter Zulauf von Tausenden von Menschen ins Gefängniß geschleppt; Letztere wurde dann später wegen der, doch gegenfeitigen, Schimpfreden, nach langer Krankheit, zu vierwöchentlichem Gefängniß verurtheilt, Herr Kleinert zwar freigesprochen, erhielt jedoch auf seine Beschwerde bei der Bundeskanzlei zur Antwort, er habe die erlittenen Mißhandlungen, Gefängnißstrafe, mehrwöchentliche Arbeitsunfähigkeit u. s. w. seiner „haltung“ zu verdanken. In welcher Verwilderung die Kolonie unter solchen Umständen lebt, welche Achtung sie von Seiten der andern Kolonien und der türkischen Regierung genießt und wie die Kinder aufwachsen, können Sie sich bei solchen Verhältnissen leicht vorstellen.

„Schreiber dieses kennt einen Landsmann, der sein auf den Rath des Konsuls Reiser in Barno, eines Handlungs-kommis, der sich vermittelst Glacehandschuhen, ladirten Stiefeln u. s. w. bei der Gesandtschaft beliebt zu machen wußte, daselbst gekauft Haus hat verlassen müssen, indem der Reiser die dortigen Deutschen zur Anlegung von Etablissements, wie z. B. den Tyroler Bucher zur Anlage einer Bäckerei, Häuserlauf und dgl. zu veranlassen sucht und dann durch Intriguen, Schutzverweigerung, Aufhebung der Eingebornen vertriebt, jedenfalls damit die Eigenschaften und Einrichtungen ihm und seinen Helfershelfern bleiben. Ueberhaupt hat Eigenthum aufgehört, zu existiren, indem ein Jeder die Deutschen frei, selbst auf der Landstraße, berauben, bestehlen oder durch betrügerliche Bankrotte um ihre Habe bringen kann, ohne daß die Kanzleien das Geringsste dazu thäten und indem einige derselben selbst stehlen, worüber ich mir vorbehalte, Ihnen die Akten zuzuschicken.“

Leo Fränkel, der gewesene Delegirte der Pariser Kommune für die Arbeitskommission ist den Pariser Journalisten glücklich entronnen und weilt gegenwärtig in London. Im „Verbote“ finden wir einen Brief von ihm, der, wenn auch schon älteren Datums (12. Juni), doch noch viel Interesse hat. Er lautet:

Bellagio, den 12. Juni 1871.

Geehrter Bundesgenosse!

Während die französischen Journale mich in der Ruo d'Alsace, als Bahnbeamter verkleidet, von den Gendarmen aufgreifen, mich Tags darauf nach Versailles bringen und erschießen lassen, weile ich unter fremdem Namen an den Ufern des Comer-Sees, meiner Pariser Bundesgenossen gedenkend, denen es nicht gleich mit gelang, den preussischen und französischen Hähern zu entgehen.

Was man auch in Deutschland sagen und schreiben möge, die Geschichte wird es zu verzeichnen haben, daß deutsche Soldaten an dem Morbwerke der Parisailler Regierung theilnahmen. Es sollte mich nicht wundern, wenn denselben das „hohe Glück und die Ehre“ zu Theil würden, die Brust nebst dem eisernen Kreuze, noch mit dem Kreuze der Ehrenlegion „sichern“ zu können, es gebührt ihnen mit demselben Rechte, als der französischen Soldateska die Anerkennung, sich „um das Vaterland wohl verdient gemacht zu haben“. Dem erhabenen deutschen Kaiser schien diese militärische Unterstützung wohl das probatiste Mittel gewesen zu sein, um die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich wieder aufzunehmen zu können. In diesem Broede genügte es seiner „weisen“ Regierung nicht, die Armees von Versailles mit den im letzten Kriege gefangenen afrikanischen Truppen zu verstärken, Schaaren — wodurch nach einer Restorations-Blutschuld, der justirte Krieg durch eine neue Barbarei verunthaltet wird; es genügte ihr nicht, der Parisailler Regierung Chassepotgewehre zu liefern, nein, es mußte noch der deutschen Besatzung um Paris der schmachvolle Befehl ertheilt werden, Niemanden passieren zu lassen.

„Es thut mir wehe, wenn ich die Leute, ja selbst oft nur Frauen mit ihren Kindern zurückweisen muß“, sagte mir ein heftiger Soldat, „aber ich kann nicht anders handeln, sonst bekomme ich 4 Tage scharfen Arrest!“

Wenn es mir dennoch durchzukommen gelang, nebst noch einigen Personen, unter welchen sich eine mit seltenem Geistesgaben ausgestattete Dame befand, die an der Spitze des Centralkomitee's für Frauen stand, und welche gleich mir in den Barrikadenkämpfen an denen sie lebhaft theilnahm, verwundet wurde, habe ich dies nur der Wunsch eines französischen Arbeiters zu verbanen, der uns den Eingang in ein Haus verschaffte, von welchem aus wir unangefochten die Linie passiren konnten. Damit war allerdings noch wenig gewonnen. Mehr als einmal wurde ich von französischen Gendarmen und Polizeidienern angehalten, um meine Papiere befragt, wobei ich komme, weile ich gebe, u. s. w., ehe ich der französischen Grenze den Rücken kehren konnte, und sicherlich wäre ich verloren gewesen, — ich hatte keine Reisepapiere bei mir — hätte mir nicht mein erkünstelt unbesangenes Sudschen durchgeholfen. Ich dachte an Diderot's Paradox über den Komödiant, monach ein Schauspieler, welcher gefühlvoll spielt, es niemals über die Grenze der Rührmähigkeit bringen kann, daß vielmehr sein Aeußeres sich zeigen müsse, als verberge er diese oder jene Empfindung, und so erschien ich denn, das Geid im Innern, jeden Wuths von Außen.

In Reaux, wo Rochefort, Murat, u. verhaftet wurden, wäre es mir trotzdem bald schlecht ergangen. Ein Polizeidiener, der sich mit meinen Antworten nicht begnügen wollte und wie Schylot auf dem „Schein“ bestand, hieß mich aus dem Wagen steigen.

„Jetzt hängt du doch“, sagte ich mir im Stillen, während ich meiner Reisefährtin, welche mich nicht verlassen wollte, als bis sie mich außer Gefahr wisse, meinen Arm anbot, doch nur, um zu verbergen, daß ich dort verwundet sei. Gleichzeitig frug ich den Polizeidiener mit anscheinend kaltem Tone, ob ich weit mit ihm zu gehen habe, da ich nicht gerne den Zug verläumen möchte. „Im Nothfalle — hab meine Begleiterin im selben Tone an — übernachtet mir hier, und fahren morgen früh fort.“

„Was mir nicht sehr angenehm wäre, da ich nicht weiß, ob unsere Reisefährtin morgen noch gültig sein werden.“

„Wohin wollen Sie denn reisen?“ frug da der Polizeidiener.

„Nach Deutschland“, war meine Antwort.

„Nun, dann steigen Sie ein. Besorgen Sie sich aber einen Paß, wenn Sie wiederkommen.“

So gelang es mir denn, überall den Hähern zu entgehen.

In Kehl angekommen, mußte ich von meiner Kampfes- und Reisefährtin Abschied nehmen, da dieselbe über Hamburg nach England reiste, während ich vorzog, meine etwas zerstückte Gesundheit in Jussieu herzustellen.

So nahm ich denn meinen Weg über Baden nach Konstanz; von da über den Bodensee, und dann mit der Bahn bis nach Ghr. Von Ghr aus ging's bald zu Fuß und bald zu Wagen nach Telfestaten, über den Albulapass nach Samaden, bis ich endlich bei etwas kalter und regnerischer Witterung in Bellagio ankam, von wo ich Ihnen schreibe.

Als ich noch in Kehl war, hatte ich zuerst die Absicht, nach Genf zu kommen, um zugleich persönlich mit Ihnen Bekanntschaft machen zu können. Wenn ich diese Absicht aufgab, lag dies nur in dem Grunde, daß ich dachte, dort wenig Aussicht auf Arbeit zu haben, sonst hätte ich zweifelsohne die Schweiz, ihrer politischen Freiheit halber, vorgezogen. Keinesfalls glaube ich es jetzt bereuen zu haben, denn so viel ich aus den Zeitungen bezüglich der Auslieferungsfrage erfahren habe, scheint es ziemlich saul auch im Staate der Schweiz zu sein.

Es wird in der helvetischen Republik wahrcheinlich ein ebenso großer Unterschied zwischen Regierung und Regierten zu machen sein, wie in den übrigen europäischen Staaten, denn dem Schweizer Volke traue ich doch wenigstens so viel Scharfsinn zu, um einsehen zu können, daß es nichts Leichteres für den Urkundenfälscher Jules Favre gebe,

als jeden Verteidiger der Pariser Kommune in einen gemeinen Verbrecher umzuwandeln, um dessen Auslieferung verlangen zu können.

Würde Tull aus dem Grabe steigen können, würde er sicherlich die Herren Bundesräthe an's Ohr fassen und dieselben fragen, ob sie vergessen hätten, auf welche Weise die Schweiz von dem Habsburger Joke befreit wurde, ob sie ignoriren, was sich in der Nacht vom 7. zum 8. November 1807 auf dem Rütli zutrug, und was für einen Unterschied dieselben zwischen den Männern der Kommune sehen und jenen, die aus Uri, Schwyz und Unterwalden zusammentraten, um einen Befreiungsbund zu schließen, wenn nicht diesen, daß, was jenen im Interesse Frankreichs mißglückte, diesen, im Interesse der Schweiz gelungen war.

Wenn der Schweizer Bundesrath die Zeichen unserer Zeit nicht zu deuten versteht, wenn er die zu lösende Aufgabe des 19. Jahrhunderts nicht erkennt, ist dies nur eine geistige Schwäche, die er mit den übrigen Regierungen theilt. Nicht Jedermann hat die Gabe in die Zukunft blicken zu können, jeder Staatsmann hat aber die Pflicht, mindestens die Geschichte seines Landes zu kennen.

Als ich vor einigen Jahren eine Partie über den Bierwaldstättersee machte und in solofolien Goldlettern die Worte: „Dem Sängler Tell's, Friedrich Schiller. Die Ur-Kantone, 1859“ auf einer Felsplatte eingegraben fand, dachte ich wahrlich nicht daran, daß die Zeit nahe sei, in welcher die schweizerische Regierung diejenigen Männer als gemeine Verbrecher auszuliefern gedenke, die sich gegen die französischen Landvögte auflehnten. Ich bin ic.

Stollberg, 19. August. Heute wurde Parteigenosse Imhof, welcher kaum hier eingetroffen war und der das Referat zu der für den heutigen Abend anberaumten Volksversammlung übernommen hatte, in einem Privathause von hiesigen Gendarmen verhaftet und nach Halle transportirt. Er ist in Erfurt vor einiger Zeit wegen „Majestätsbeleidigung“, die darin bestand, daß er die Reden unserer Reichstagsabgeordneten im Verein vorlas, zu 3 Monaten Arrest verurtheilt worden, hatte aber diese Strafe der preussischen Regierung vorläufig geschenkt und jetzt liefert ihn Sachsen an Preußen aus. Wieder ein Beweis, wie sehr die deutsche Einheit — in Bezug auf das Polizeiwesen fortgeschritten ist.

Elberfeld, 21. August. Parteigenosse Kötter von Barmen ist als „Hochverräther“ ins hiesige Zellengefängniß abgeführt worden. Der sogenannte „Hochverrath“ soll darin bestehen, daß Kötter den internationalen Standpunkt vertreten hat.

Das Organ der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine, der „Gewerkverein“, wirft in Nr. 34 den deutschen Sozialdemokraten indirekt vor, daß sie nicht für die Pariser Kommune die Waffen ergriffen haben, indem er sagt: „Zur Zeit der Noth sandten sie gleich sämmtlichen anderen Internationalen, nur großsprecherische Resolutionen der Kommune zu Hilfe.“ Abgesehen davon, daß die in Paris lebenden nichtfranzösischen Internationalen — Deutsche, Polen, Italiener, Ungarn — sich in hervorragender Weise am Kampfe betheiligt haben, wird sich wohl Herr Mar Hirsch die Frage, warum die deutschen Internationalen „nur“ Resolutionen zu Hilfe sandten, selber beantworten können, falls er nicht als agent provocateur gelten will.

Zur Kennzeichnung der nationalliberalen Denunzianten schreibt der Grimmitzauer „Bürger- und Bauernfreund“ anlässlich der in letzter Nummer des „Volksstaat“ mitgetheilten Chemniger Korrespondenz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“:

Bereits haben wir wiederholt darauf hingewiesen, wie die nationalliberale Presse es sich zur besonderen Aufgabe gesetzt hat, durch fortwährende Verleumdungen die sächsischen Behörden zum Einschreiten gegen die Versammlungen der sozialdemokratischen Partei zu veranlassen und die Freiheit der Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht zu verkümmern.

Ein solcher verleumdeter „Chemniger“ Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ war es, der Most von der Leipziger Polizeibehörde vorgehalten wurde, und er war wesentlich mit Motiv des gegen ihn beobachteten Verfahrens.

Most redigirt jetzt unbehelligt die „Chemniger Freie Presse“, und der Mangel eines gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens beweist, daß sich für die Denunziationen des Leipziger Blattes kein Beweis hat erbringen lassen. Damit freilich ist noch kein Licht über den Ursprung dieser Berichte verbreitet. Jetzt wird auch dies Licht durch das Ungeschick des Leipziger Denunzianten Jedermann aufgesteckt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von Sonntag den 20. August enthält eine merkwürdige Korrespondenz. (Dieselbe ist in der vorigen Nummer des „Volksstaat“ enthalten.)

Wir würden nun den Rednern der Chemniger Versammlung rathe, insgesammt dem Herrn Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und dem Verfasser der Korrespondenz mit Strafantrag (?) auf den Leib zu rücken, um ihm für die Zukunft größere Wahrheitsliebe zur Pflicht zu machen.

Für jetzt begnügen wir uns, nachzuweisen, daß diese „Chemniger“ Korrespondenz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht in Chemnitz, sondern offenbar entfernt von Chemnitz, allem Anscheine nach in Leipzig von einem der als Handlanger des Herrn Prof. Biedermann thätigen Buchhändler Kommiss, und zwar ohne Durchsicht des Hrn. Chefredakteurs fabrizirt worden ist.

Die Korrespondenz behauptet, der Kaufmann Brack sei in Chemnitz und im benachbarten Burgstädt-Frankenberg Wahlkreise bei der letzten Reichstagswahl aufgestellt gewesen.

Nun weiß aber jeder Chemniger, der nur die Verhältnisse von Chemnitz und Umgegend einigermaßen kennt, selbst ohne sich angelegentlich um Politik zu kümmern, daß im Burgstädt-Frankenberg Wahlkreise dem Prof. Biedermann aus Leipzig nicht der Kaufmann Brack, sondern der Lehrer Spier gegenüberstand, und trotzdem er sich nicht persönlich seinen Wählern vorstellen konnte, sondern im Gefängniß saß, und trotz der Koalition der konservativen, „nationalliberalen“ und fortschrittlichen Elemente eine Minorität von über 4000 Stimmen erhielt.

Daß eine solche Unwissenheit, wie die erwähnte Korrespondenz „aus Chemnitz“ über den eigenen Wahlkreis des Herrn Biedermann verräth, in der eigenen Zeitung des Herrn Biedermann vorkommen kann, ist ein trefflicher Beitrag zur Beurtheilung der redaktionellen Thätigkeit des Herrn Biedermann.

Aber auch noch in anderer Beziehung verräth sich der Ursprung aus der Biedermann'schen Offizin.

Die Korrespondenz verräth gegen den Schluß hin eine große Besorgniß um den Ausfall der nächsten Landtagswahl.

Vertreter des einen Chemniger Wahlkreises war nun aber Herr Prof. Biedermann. Wer nun weiß, wie schwer das damalige Wahlgeseß mit seinem Censur durch Ausschluß großer Arbeiterkreise vom Wahlrecht die Erwählung eines sozialdemokratischen Kandidaten macht, der kann aus der Korrespondenz entnehmen, wie nicht sowohl die Aussichten eines solchen Kandidaten gemächten, als vielmehr — die Aussichten des Herrn Biedermann geschwunden sind.

Und daher jene Wuth und daher jene Denunziationen! Wir meinen, daß selbst in den Augen solcher Männer, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, solche Mittel Herrn Biedermann nicht rehabilitiren, sondern nur noch vollends ruiniren können.

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Sachsen.

Glauchau. Im Juli d. J. meldete, wie üblich, die hiesige „Internationale Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft“, eine nach ihren Statuten nicht politische Korporation, eine öffentliche Versammlung zur Besprechung gewerblicher Angelegenheiten an. Der dortige Stadtrath Schulz verbot die Versammlung, weil er u. A. die betr. Korporation für einen politischen Verein halte, unterließ jedoch, was konsequenterweise hätte geschehen müssen und was der Vorstand der Gewerkschaft verlangte, gegen die letztere wegen Verheimlichung ihres politischen Charakters eine Untersuchung zu veranlassen. Als verlaubarte, der Gewerkschaftsvorstand werde Beschwerde erheben, da veröffentlichte der betreffende Stadtrath einen Artikel in den Lokalblättern, in dem die Erwartung ausgesprochen war, die Oberbehörde — die Zwickauer Kreisdirektion — werde dem Stadtrath Recht geben. Daß dies der Kreisdirektion nicht möglich war, geht aus dem Umstande hervor, daß dieselbe über die Beschwerde an das Ministerium nach Dresden berichtete. Diesem ist es nun doch möglich geworden, den Rekurs zu verwerfen und das Verfahren des Stadtrath Schulz in Ordnung zu finden, — ein Akt, der unser ganzes Vereins- und Versammlungsrecht mit einem Schläge über den Haufen wirft.

Reichenbach i. B., 20. Aug. Zur Auerbacher Korrespondenz in vor. Nummer, betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht in Sachsen, diene folgendes als Nachtrag:

1) Schubert in Kirchberg ist nach Verbot der Freitags-Versammlung gleich zur Kreisdirektion in Zwickau gegangen, wo man auf die angebrachte Beschwerde antwortete, daß vor Ankunft der Akten nicht entschieden werden könne und daß Schubert Brack doch lieber „abbestellen“ solle.

2) In der Anzeige der auf Mittwoch 23. c. in Kirchberg angesetzten, ebenfalls verbotenen Versammlung, ist gesagt, daß Brack sich mit seinen Wählern unterhalten wolle. Auch das ist im Amte Kirchberg allerdings „naatsgefräglich“.

3) Die gestrige Versammlung in Falkenstein, in der Brack weder reden noch die einzelnen „Fische“ begrüßen durfte, wurde nach kurzer Dauer polizeilich aufgelöst. Als der Einkerkerer mitgetheilt hatte, daß Brack nicht sprechen dürfe, meinte Teufel von Lengenseid, daß man eine neue Versammlung einberufen solle, damit man dann doch sähe, ob, nachdem Brack seine Papiere beschafft, die Behörden noch im Stande wären, das Versammlungsrecht zu verkümmern. „Ich entziehe dem Redner das Wort“, unterbrach der Polizeibeamte. Jemand in der Hintergumde des Saales erlaubte sich hierauf, laut zu lachen, worauf der Beamte die Versammlung für aufgelöst erklärte. Auf Befragen erklärte derselbe dann, die „gemeinsten Vertheile“ zu haben.

4) Heute Morgen war statt der verbotenen Versammlung in Wilkau ein gemeinschaftlicher Spaziergang. In einer Brauerei unterwegs machten wir Halt, die Genossen von Wilkau und Umgegend trafen auf die Sozialdemokratie und wir plauderten miteinander. Der Gendarm aber, welcher uns in dieser Brauerei besuchte, meinte, daß der Veranlasser des Spaziergangs für denselben „verantwortlich“ gemacht werden würde.

5) Heute Nachmittag in Reichenbach, wo eine ungemein große Volksmenge zur Versammlung von nach und fern zusammengetrömt war, wiederholte sich der Vorgang von Falkenstein: Forderung an Brack von Legitimationspapieren und bei dem Mangel derselben Verbot, zu sprechen. Selbst die Bürgerchaft eines hochangesehenen Bürgers von Reichenbach wurde zurückgewiesen. Die Versammlung hielt es darauf nicht für „angemessen“, da Brack als Referent das Wort nicht gestattet sein sollte, überhaupt zu tagen, sie brachte enthußastische Hochs auf unsere Sache aus und auf den Reichstagsstand daten des Kreises und es wurde eine Versammlung auf Donnerstag Abend beschloffen. Außer dieser wird Brack Versammlungen abhalten: Montag in Lengenseid, Dienstag in Treuen und Mittwoch in Auerbach. Morgen früh erwartet er seine Legitimationspapiere und wird er sich inständigst übrigens mit allen möglichen Scheinen der seligen deutschen Bundestagsperiode versehen, als Tauf-, Trau- und Bürgerchein, damit er sich in jedem Falle nicht allein mit der Pöckelarte, sondern ganz nach „Verbinden“ des betr. Beamten „legitimiren“ kann. Auch der Geburtschein scheint dabei nothwendig, denn, läuft man ohne daß Gefahr, als Bagabund betrachtet zu werden, so möchte es denkbar sein, daß man die Abwesenheit jenes ersten aller Scheine vielleicht als Mondfalsch angesehen wird.

Unsere Sache hier zu Lande steht glänzend. Ehre den braven Einwohnern des Voigtlandes einschließlich des Gerichtsamtes von Kirchberg!

Berlin. In der am Dienstag Vormittag stattgehabten Versammlung der strikenden Tischler wurde mitgetheilt, daß bereits 275 Meister durch ihre Unterschrift die Forderungen anerkannt haben und daß diese Zahl noch größer sein würde, wenn das Formular für die Unterschrift geändert würde. Im Allgemeinen wurde es sehr bedauert, daß die Strikenden kein Lokal in Berlin finden konnten, welches alle Theilnehmenden aufnehmen vermöchte. Von auswärts sind zahlreiche Briefe und Telegramme mit der Zusicherung von Unterstützungen, mit Unterstüßungsgeldern und mit der Aufforderung zum Festhalten eingegangen. Die Strikenden erließen folgenden:

Aufruf an die Tischler, sowie an sämmtliche Arbeiter Deutschlands.

Männer der Arbeit! Bei dem fortwährenden Steigen der Preise der Lebensmittel und der Wohnungsmiete war es uns nicht mehr möglich, mit dem jüngen Verdienst ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Ein Jeder von uns fühlte die dringende Nothwendigkeit, daß diesem Zustand abgeholfen werden müsse, und so wurde denn in einigen Versammlungen sämmtlicher Tischler Berlins beschloffen, von den Meistern eine Lohnverhöhung von 25 Prozent und Angesichts unserer äußerst schweren Arbeit eine Abkürzung der Arbeitszeit von 12 Stunden auf 9 1/2 Stunden zu verlangen. Diese bescheidene Forderung wurde den Meistern mit der näheren Motivirung per Cirkular zugestellt. Wir hatten geglaubt, daß die Meister, resp. Arbeiter, diese unsere mäßige Forderung sofort bewilligen, oder daß sie wenigstens doch mit uns in Unterhandlung darüber treten würden. Aber wenig von Beiden geschah. Schande hat man uns abgewiesen. Wir waren hierauf genöthigt, den Weg der Arbeits einstellen zu betreten, so lange bis sich die Meister erklären, unsere Forderungen bewilligen zu wollen. Kollegen und Arbeiter aller Berufszweige! Wir haben nunmehr den Kampf gegen die Kapitalmacht aufgenommen, gestützt auf unser gutes Recht und im Vertrauen auf Euch, daß Ihr uns eure Hülfe nicht verweigern werdet. Zeigt jetzt, daß wir uns nicht getäuscht haben; unser Sieg kommt ja auch Euch zu Gute. Beweist es mit der That, wie wir es den Mauern gegenüber gethan haben, daß die Interessen aller Arbeiter solidarisch sind. Wir stehen fest und entschlossen zusammen und haben die besten Aussichten auf die Erreichung unseres Zieles, indem der Ausschweifung in unserem Geschäfte jetzt eine große Zahl von Arbeitskräften erfordert. An Euch, Ihr Arbeiter Deutschlands, liegt es nun, den Zuzug von Berlin abzuhalten, und uns, soviel es in Euren Kräften steht, mit Geldmitteln zu unterstützen, damit die Familienväter, die der Unterstüßung bedürftig sind, nicht, aus Noth getrieben, die Arbeit

wieder aufnehmen müssen. Also, vereint Euch wie wir, und unterstützt uns in unserem Kampfe, wir werden auch Euch nicht vergessen, wenn Ihr Euer Recht geltend macht. Stimmt ein mit uns in den Wahlspruch: „Einer für Alle und Alle für Einen!“
Berlin, 21. August 1871.

Die Mitglieder der Tischler-Strikerkasse in Berlin. Unterstüßungen, Briefe und Anfragen wolle man gefälligst an das Bureau der Tischler-Strikerkasse, Vorstehender Herr Schmitz, Stallschreiber 3, 1 Tr., senden.

In Stettin ist zur Paraphirung des Mauerstrikes Militär den Meistern zur Verfügung gestellt worden.

Aus Königsberg erhalten wir von den strikenden Mauern folgenden

Aufruf!

„Wir, Maurer in Königsberg, haben, da unsere Forderung um Pohnverhöhung von 25%, nicht berücksichtigt wurde, obwohl wir uns in der traurigen Lage befinden, daß unser Jahres Einkommen im Durchschnitt kaum über 130 Thlr. beträgt, am 17. d. M. die Arbeit eingestellt. Wir fordern alle Arbeiter, insbesondere alle Nachgenossen auf, unsere Sache, welche ja auch die ihre ist, zu unterstützen. Nur im Vertrauen auf die brüderliche Hülfe aller Arbeiter konnten wir den Strike aufnehmen, und nur das gemeinsame Ausrufen aller Arbeiter kann ihnen Hülfe bringen gegen die Unterdrückung und Uebervertheilung durch die Kapitalmacht. Brüder! Helft uns, und rechnet in jedem Falle auf unsere Hülfe. Unser Sieg ist auch der Eure. Sendungen bitten wir an die Adr. des Mauerergesellen Mopslebner, Todtenstr. Nr. 23 zu richten.“

Königsberg, den 22. August 1871.

„Die Strike-Kommission der Mauerergesellschaft.“
Genf. In der hiesigen Section der Internationalen hat sich eine Frauensektion gebildet, welche, um dienstlose Mädchen zu beschäftigen und in sittlichem Wandel zu bewahren, ein Produktionsgeschäft errichtet, Fenden, Blouzen u. anfertigen läßt und vorläufig durchschnittlich für 300 Fr. in der Woche umsetzt.

Pforzheim. Daß Mar Hirsch wider Willen Refruten für die Sozialdemokratie liefert, zeigt unter Anderm folgende Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“: d. d. Pforzheim, den 13. Aug.: „Der Verlesungsprozess in dem Gewerksverein der Gold- und Silberarbeiter verfolgt seinen Weg. Die Häthelein, welche die Folge des Zweispaltes der Meinungen waren, gehen schon weit über den Ausbruch des Krieges zurück. Anfänglich handelte es sich nur um das Organ des Vereins, den „Genossenschaftler“, welcher den nationalliberalen Schleppträger zufolge, nicht stramm genug bei der Stange hielt; seit einiger Zeit aber hat diese demokratischere Meinung auch in dem Generalrath das Uebergewicht erlangt, und der „Genossenschaftler“, obgleich der sozialdemokratischen Partei durchaus nicht dienbar, verfolgt rein demokratische Prinzipien. Diese Tendenzen haben nun aber zu einem ernstlichen Zwiespalt zwischen dem Generalrath und dem Berliner Ortsverein geführt, wozu letzterer, unter dem Einfluß der Berliner Luft stehend, nur das reine Schwarzweiß des Nationalliberalismus als seine Farbe anerkennt.“ (D. Mar, Mar!)

Berlin. Bidsinn. Damit man einmal sehe, wie in den von der Bourgeoisie geleiteten Bildungsinstituten der Volkgeist bearbeitet wird, sei hier eines Vortrags gedacht, welchen ein sogenannter Gelehrter im größten deutschen Handwerker-Verein, dem Berliner, neulich gehalten hat. Die „Volkszeitung“, das Organ dieses Vereins, berichtet unterm 8. August: „Aus dem großen Berliner Handwerker-Verein. Am Mittwoch sprach Hr. Dr. Hüppe, anschließend an die schauerlichen Vorgänge in Paris während der Herrschaft der Kommune, über Volkswirtschaft. Zu den vielen Rathseln, welche die Kommune der Welt zum Lösen gegeben, gehört u. A. auch die Thatsache, daß sich die Arbeiter in so eminentem Maße an dem Kampfe und an der Zerstörung betheiligt, daß nach Zeitungsnachrichten über 5000 solcher Petroleusen nach Cayenne transportirt, d. h. der trodenen Guillotine überliefert werden sollen. Dieses Faktum fordert uns so mehr zum Nachdenken auf, als die Interessen jeder ehrbaren Frau den Endzielen der Kommune direkt widersprechen, und, meine der Herr Vortragende, es lasse sich nur so erklären, daß die Kämpferinnen sich schnell auf Kosten der Wohlhabenderen bereichern wollten, ohne dabei über das Wesen des Kommunismus sich klar zu sein. Kommunismus ist nicht nur Despotismus, sondern auch Weibergemeinschaft; sagt doch ein bekannter(?) Kommunistentheoretiker: eigentliche Menschen seien nur die Männer, die Frauen mühten als Sache betrachtet werden, und dieser Meinung schloß sich Napoleon in Gegenwart zweier Frauen von Generalen an. Daß in der That der Gütergemeinschaft die Weibergemeinschaft auf dem Fuße folgt, beweisen u. A. schon die Einrichtungen der Wiedertäufer während der Reformationszeit. Jeder dieser Sekte nahm so viel Weiber, wie er vertheiligen konnte. Johann von Leyden begnügte sich mit 50 bis 60. In Paris bestand während der Herrschaft der Kommune die Weibergemeinschaft auch wirklich de facto, denn, während die Männer irgendwo im Felde kampirten, waren sich die Frauen dem ersten besten in die Arme. Der kommunistische Staat will Jedem, Mann sowohl wie Frau, je nach seinen Fähigkeiten die Arbeit anweisen, dadurch aber wird das Familienleben gelodert.“

Wir wissen augenblicklich noch nicht, ob Herr Franz Dunder, der Vorstehende des Handwerker-Vereins, dem Hüppes Vortrag beigezogen hat; aber als Eigentümer und Mitarbeiter der „Volkszeitung“ hat er doch jedenfalls nachträglich das obige Resümee gelesen und, soviel uns bekannt, ist seinerseits kein Schritt geschehen, um die Blamage des Vereins zu mildern. Sollte man wohl glauben, daß man in einem Verein und einer Zeitung solchen Cretinismus feilzubieten wagen darf? Wir wollen nicht von dem Petroleusenmärchen reden, an das zu glauben jedenfalls nicht gravirender ist, als der Glaube an gewisse religiöse Dogmen; es verdient auch die Verleumdung, daß „die Kämpferinnen sich auf Kosten der Wohlhabenderen bereichern wollten“, keine weitere Verächtlichmachung, besonders nach den übereinstimmenden Aussagen der wieder nach Paris zurückgekehrten Deutschen, daß sie ihr Hab und Gut unangetastet wiedergefunden haben. Wir möchten aber gern wissen, wer denn eigentlich der „bekannte Kommunistentheoretiker“ ist, welcher gesagt hat, daß „nur die Männer eigentliche Menschen seien und die Frauen als Sache betrachtet werden müßten.“ Haast der Mann in London oder in Paris, oder hat Herr Dr. Hüppe diese „Thatsache“ bloß aus einem Conversationslexikon geschöpft? In letzterem Falle dürften mildernde Umstände zulässig sein, denn für's Conversationslexikon ist Dr. Hüppe nicht verantwortlich. Aber — die „Weibergemeinschaft!“ Die Wiedertäufer von vor 350 Jahren, identisch mit den heutigen deutschen Sozialdemokraten und Pariser Kommunisten — steht dieser „gebildete“ Don Quixote etwa seinem berühmten Vorbilde nach, welcher eine Windmühle für einen Riesen anjah? Und nun gar die „logische“ Begründung durch „denn“: „In Paris bestand während der Herrschaft der Kommune die Weibergemeinschaft auch wirklich de facto (in der That), denn, während die Männer irgendwo im Felde kampirten, waren sich die Frauen dem ersten besten in die Arme.“ Wie wär's, wenn Einer so niederträchtig sein wollte, diesen Satz ins Deutsche zu übersetzen? Oder haben die dem Vortrage beizwohnenden Landmeyerfrauen — Wittwen haben demnach Damen Zutritt — gar nicht gemerkt, daß böswillige Verleumdung die Spitze dieses insamen Satzes auch gegen sie lehren könnte? Freilich, unser armenlicher Tropf von Doktor hat keine Ahnung davon, ebenjowenig wie er die Tragweite des letzten Satzes begreift: „Das Familienleben wird dadurch gelodert, daß der kommunistische Staat Jedem, Mann sowohl wie Frau, je nach seinen Fähigkeiten die Arbeit anweisen will.“ Allerdings ein surdpathares Verbrechen: man würde im kommunistischen Staat keinen Cretin zum Lehrer eines Handwerker-Vereins machen, sondern — wie Herr Dr. Hüppe mit Grund befürchtet — nur dazu „berähigen.“ Leuten diese „Arbeit anweisen.“

Münchberg. Kramer-Klett'sche Fabrik. Der Vorarbeiter Pfeilerberger wollte Montag den 19. August den Arbeiter Dieckmann zur Nacharbeit requiriren, da erklärte ihm dieser, daß er heute nicht nach Klettenarbeiten könne, er müsse sich nach einer Miete umsehen; darob erhobte sich der Vorarbeiter und schickte den Arbeiter in zwei Tage Hausarbeit. Trotz dieses Wafes ging der gemahregelte Arbeiter des andern Morgen zur bestimmten Zeit in die Arbeit, aber wieder wurde er (wie wissen nicht, ob mit Wissen der edlen Brüder Reichardt, Eisenbahn Duellist, Nordwaffen-Gründer und Spelezzel-Kritiker) fortgeschickt. Hirschmann ist Vater von 4 Kinder.

*) Wahrscheinlich irrirt sie nur in Dr. Hüppe's Schädel.
Nam. d. Segers.

Fortsetzung von Seite 1.

Art. 1. Jeder Franzose, der nach der Promulgation des gegenwärtigen Gesetzes sich in die Internationale Arbeiter-Assoziation oder in irgend eine andere internationale und geheime (!) Gesellschaft, welche die nämlichen Lehren predigt und denselben Zweck verfolgt, aufnehmen lassen oder in derselben verbleiben sollte, wird mit einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten bis zwei Jahren und einer Geldstrafe von 50 bis 1000 Franks belegt; außerdem wird er aller Civil-, Bürger- und Familienrechte, die in dem Artikel 42 des Strafgesetzbuches aufgeführt sind, verlustig erklärt. Er kann auf fünf Jahre unter polizeiliche Ueberwachung gestellt werden, abgesehen von den schweren Strafen, die im Sinne des Strafgesetzes für jene Verbrechen oder Vergehen in Anwendung kommen, deren die Mitglieder dieser Gesellschaften sich, sei es als Hauptthäter, sei es als Theilhaber, schuldig machen könnten.

Art. 2. Denselben Geld- und Freiheitsstrafen, sowie dem Verluste der nationalen Rechte unterliegt Jeder, der durch eines der im Art. 1 des Gesetzes vom 17. Mai 1819 genannten Mittel die Bewohner eines Theiles des französischen Gebietes aufgereizt haben wird, sich der Souveränität der Nation entweder durch den Anschluß an einen Nachbarstaat oder durch die Konstitution in einen unabhängigen Staat zu entziehen. Diefen Strafen verfällt er, abgesehen von den stärkeren, denen er gemäß den Artikeln 87 und folgenden des Strafgesetzes unterworfen ist.

Art. 3. Der Art. 463 des Strafgesetzbuches wird mit Bezug auf die von den vorhergehenden Artikeln ausgesprochenen Gefängnis- und Geldstrafen in Anwendung gebracht werden können.

Sogar die legitimistische „Gazette de France“ schüttelt zu dem reaktionären Blödsinn des „liberalen“ Dufaure den Kopf. „Man kann von Bornherein überzeugt sein“, bemerkt sie, „daß bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge weder die Strafen, die man über die Internationale verhängen wird, noch die Unterjagung der Strites und Koalitionen dem Kampfe ein Ziel setzen werden, der mit wechselndem Glücke zwischen der Bourgeoisie und den arbeitenden Klassen geführt wird.“

Auch die royalistische „France“ ist mit dem Gesegentworte nicht einverstanden. Sie sagt: „Mit Repressivmaßnahmen kann man in der That die der zeitgenössischen Gesellschaft gestellten Probleme nicht lösen. Warum sollte man nicht in der Assoziation selbst einen wirksamen Schutz gegen die von ihr ausgehenden Drohungen suchen? Man stelle doch der Internationale eine auf breiter und moralischer Basis aufgebaute Organisation der Arbeiter entgegen und man wird für die Zukunft mehr gethan haben, als wenn man dem Strafgesetze ein neues Kapitel hinzufügt.“

Nun — mit der angerathenen „moralischen Organisation“ dürfte es seine Schwierigkeiten haben, da die Arbeiter von der „Moral“ der Herren Royalisten und Bourgeois nichts wissen wollen, und dieselbe sogar für die abscheulichste, durch widerliche Heuchelei noch doppelt abstoßende und verwerfliche Immoralität halten.

Doch insofern haben die zwei royalistischen Blätter jedenfalls recht: das Gesetz wird nichts nützen, wenigstens nicht seinen Urheber. Es ist lange nicht radikal genug. Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Also frisch darauf los dekretirt:

§ 1. Jeder Arbeiter, welcher Mitglied der Internationalen ist, wird sofort fälligt.

§ 2. Jeder Arbeiter, der zu den internationalen Grundsätzen hinneigt, wird auf Lebenszeit eingesperrt, und da es den Bourgeois sonst an „Händen“ fehlen würde, von einem Polizisten täglich auf 10, 12, 15 Stunden (je nachdem) an die Arbeit geführt, die er unter strengster Aufsicht zu verrichten hat, natürlich mit einem Schloß vor dem Mund und einem Holschirm über den Augen.

§ 3. Um die Verbreitung internationaler Ideen zu verhüten, werden alle Zeitungen, Posten, Telegraphen, und vor Allem die Schulen abgeschafft, in denen die Teufelskünste des Lesens und Schreibens gelehrt werden.

§ 4. Herr Mähler, derzeit Minister in Preußen, wird mit Ausföhrung des § 3 betraut; für die §§ 1 und 2 reichen französische Nationalkräfte aus.

Nun, wie gefällt Euch das Dekret, Ihr Bourgeois? Und auch dies ist noch lange nicht radikal genug. Um die Internationale abzuschaffen, müßt Ihr das Proletariat abzuschaffen, müßt Ihr — Euch selbst abschaffen!

Das Kapitel von der nicht „gewaltsamen Annexion“ wird in der amtlichen, bis über die Ohren in Bismarderei stehenden „Karlsruher Zeitung“ durch folgenden Nothschrei wunderhübsch illustriert:

„Es hilft nichts, sich mit rosigem Ansehen und tröstlichen Hoffnungen über die Sache hinwegsetzen zu wollen, es muß herausgesagt werden, herausgesagt im Interesse der Wahrheit, in Rücksicht auf Freund und Feind, im Hinblick auf die Gegenwart und Zukunft: die ungeheure Mehrheit der elsaß-lothringischen Bevölkerung, insbesondere die wohlhabenden und „gebildeten“ Stände, die politisch thätigen und lebendigen Elemente sind durch und durch französisch und antideutsch gesinnt.“ Temperament, Furcht, Berechnung, örtliche Verhältnisse legen der Gefinnung bei einzelnen Individuen wie bei verschiedenen Ständen, Städten, Gauen eine größere oder geringere Mäßigung auf und veranlassen sie wohl auch zur förmlichen Resignation; eine Runtzung zum Deutschthum aber, ein klares Erkennen des Wertes des deutschen Wesens gegenüber dem französischen oder gar eine bewußte und freudige Hingebung an das erstere sind seltene Ausnahmen, die meist nur im Verborgenen blühen. Wohl fehlt es auch nicht an besseren Stimmungen, aber man würde sich und Andere täuschen, wenn man nicht sagen würde, daß sie meistens hinter die gegenwärtigen zurücktreten.“

In ähnlicher Weise äußern sich offiziöse preussische Blätter und die Frage ist auf der Tagesordnung: „Wie können wir die Elsaß-Lothringer zufrieden stellen?“

Nun, wir wollen die Frage kurz und bündig beantworten: Schafft den Stieber ab, mit Allem was drum und dran hängt! Schafft den Bismarck ab mit Allem was drum und dran hängt! Schafft den Mähler ab mit Allem was drum und dran hängt! Bringt die Ideen von 1789** und 1793 in Deutschland zur Geltung, durch welche die Elsäßer und Deutsch-Lothringer zwar nicht französisch geworden, aber für Frankreich gewonnen worden sind! Nehmt die nicht „gewaltsame Annexion“ zurück! Erkennt das Selbstbestimmungsrecht der Elsäßer und Lothringer an! Und Ihr dürft versichert sein, sie sind „zufriedengestellt“, und werden, wenn auch nicht unter das elterliche Dach zurückkehren, doch ihr Mögliches thun, um einen „ewigen Frieden“ zwischen der leiblichen Mutter Germania und der politischen Mutter Franco zu begründen! Probatum est.

Die Presse beschäftigt sich viel mit den Zusammenkünften

der Herren Stieber,*) Bismarck und Beust in Gastein. Nach dem Einen handelt es sich um eine Allianz zwischen Preußen, Oestreich und Rußland, gegen England, Frankreich und die Pforte, nach Andern um die Rumänische Frage, d. h. um „Staatshilfe“ für den Erzschwindler Strouberg und seine abligen und — mehr als abligen Mischwindler (die Herzöge, Fürsten und Grafen Ujest, Lehndorf und Consorten); nach Dritten um Maßregeln gegen die bösen „Sozialdemokraten.“ Und nach einer vierten Lesart, die mindestens so viel für sich hat, wie die übrigen, um internationale Regelung der Briefstieberei, resp. gemeinsame Einführung einer neuentdeckten Methode, die Briefe zu erbrechen, ohne daß Aufenthalt entsteht oder die Couverts beschädigt werden. Wir hoffen, man wird sich über letzteren Punkt recht bald einigen; denn die jetzige Procebur ist eine höchst unvollkommene und es ist nicht angenehm, seine Briefe verspätet oder (in Folge ungeschickter Oeffnung) gar nicht zu bekommen. —

Und inzwischen geht's im „Neuen Reich“ flott vorwärts nach der Devise „Infanterie, Kavallerie, Artillerie.“ Den unglücklichen Philistern, die sich dem Bahn hingeeben hatten, nach den „beispiellosen Siegen“ sei eine Verminderung der Armee, oder doch mindestens von wegen der „Milliarden“ eine Verminderung der Steuerlast für die Arme zu erwarten, geht es jetzt von allen Seiten in die Ohren: Mehr Soldaten! Mehr Kasernen! Mehr Steuern! (B. E. Reichs-Gewerbesteuer.) Man lese nur nachstehende offiziöse Notiz aus dem Berliner Pressbureau, die von den nationalliberalen Blättern mit einigen obligaten Stoßseufzern abgedruckt wird: „Das entscheidende und wichtigste (!) Moment für die gesammte Entwicklung des neuen Deutschen Reichs ist sicherlich der mit dem Reichstage zu vereinbarende neue Militär-Etat für das Jahr 1872. Wie verlautet, ist man im Kriegs-Ministerium bereits mit der Auf- und Zusammenstellung desselben beschäftigt, woraus sich der Schluß rechtfertigt, daß auf das sogenannte eiserne Militärbudget, wie es der Artikel 62 der Norddeutschen Bundesverfassung geschaffen, nach dem 31. Dezember 1871 nicht mehr zurückgekommen werden soll. Es geschieht das aus einem doppelten Grunde, einmal, um endlich aus dem selbst der Militärverwaltung unliebsamen Zustande des Provisoriums herauszukommen, hauptsächlich aber um deshalb, weil der Satz von 225 Thalern pro Kopf durchaus nicht mehr genügt und eine bedeutende Erhöhung desselben beantragt werden soll. Auch das Extraordinarium soll gewichtiger denn jemals werden, und zwar in Folge der zahlreichen Kasernenbauten, die in Aussicht stehen; für Berlin soll es sich dabei um vier neue Kasernen, zwei für die Kavallerie, eine für die Artillerie und eine für die Garde-Infanterie, handeln. Aber auch in kleineren Städten soll mit dem Kasernenbau energischer als bisher vorgegangen werden, um die auch auf diesem Gebiete herrschende Wohnungsnoth für Mann und Pferde gründlich zu beseitigen, wozu freilich nahezu 100 Millionen Thaler innerhalb des Bereiches des Norddeutschen Bundes erforderlich wären. Ob auch nur eine annähernd so hohe Forderung an den deutschen Reichstag gestellt wird, ist nicht bestimmt zu sagen, indessen wohl anzunehmen.“ —

Um der Wohnungsnoth in Berlin abzuhelfen, hat die Regierung — 500 neue Schutzmänner (Polizibienen) angeschafft. Das Mittel ist gerade so probat wie blaue Bohnen für Hunger, und wird wohl am 1. Oktober beim Wohnungswechsel zur Anwendung kommen.

Einkommen-Steuer-Verhältnisse der Kaiserstadt Berlin im Jahr des heiligen Krieges 1870: Durch die königl. preussischen Abschätzungsbehörden wurden im genannten Jahr 15,722 Personen entdeckt, welche ein Einkommen von über 1000 Thlrn. hatten, die städtischen Behörden haben deren noch 1747 aussindig gemacht, zusammen also 17,469.

Ein Einkommen von 900—1000 Thlr. haben	3103 Personen
„ „ „ 800—900 „ „	3209 „
„ „ „ 650—800 „ „	5370 „
„ „ „ 500—650 „ „	10256 „
„ „ „ 400—500 „ „	11510 „
„ „ „ 350—400 „ „	8866 „
„ „ „ 300—350 „ „	28882 „

dagegen waren von den 248,743 Personen, die von der Abschätzungscommission veranlagt wurden, 175,798 Personen, oder mehr als 70%, welche weniger als 300 Thlr. Einkommen haben. Die städtische Einkommensteuer wird nur von 88,667 Personen resp. Hausleuten getragen. Steuerrestanten wurden im Jahr 1870 zur Anzeige gebracht 182,562 von denen 163,658 mit Exekution verfolgt werden konnten; die übrigen 18,904 rührten von Personen her, welche zur Armee eingezogen waren. Diese stummen Zahlen beweisen zur Genüge, wie es mit dem Wohlstand der Bevölkerung steht, trotz dreier sieg- und „glorreichen“ Kriege in 7 Jahren.

Außer Baillant und Fränkel und den in voriger Nummer gemeldeten Kommunemitgliedern, welche sich in Sicherheit befinden, nennt man uns noch Theiß, Postdirektor, Dubet, J. B. Clément, Chalain, General Cubes und Gattin, Oberst Dombrowski (Bruder des Kommandanten), Verbure, welcher aber leider gefährlich krank ist.

In Neapel sollen (nach der „Neuen Züricher Zeitung“) einige Mitglieder der Internationalen, nachdem bei ihnen Haussuchung stattgefunden, verhaftet und das Komitee der dortigen Sektion aufgelöst worden sein.

Chemnitz. Am 17. und 18. August hatte ich Gelegenheit, einer Gewerksversammlung und Volksversammlung beizuwohnen, und wenn auch von vornherein schon, durch die Berichte des „Volksstaat“ über die Arbeiter-Bewegung in Sachsen, eine rege Theilnahme erwartend, muß ich doch eingestehen, daß meine Erwartung in kaum geahnter Weise übertroffen wurden.

Was schon die am 16. in „Stadt London“ tagende Holzarbeiter-Versammlung nicht allein durch den zahlreichen Besuch von circa 600—700 Personen ein Beweis für das Interesse, welches die Arbeiter an der Gewerkschaftsbewegung nehmen, so war es noch viel mehr die ausnehmend rege Aufmerksamkeit, mit der die Anwesenden dem Vortrag über die Organisation und den Zweck der Gewerkschaften, so wie über die Forderung eines „Normalarbeitstages“ schenkten. Zahlreiche Eingekerkerten in die Listen der Gewerkschaft der Holzarbeiter betheiligten sich, daß die Versammlung nicht fruchtlos geblieben, und werden hoffentlich die Holzarbeiter nicht hinter den bereits

*) Rein schlechter Wit des „Volksstaat“; Hr. Stieber befindet sich allen Ernstes in Gastein, um seinem Kollegen Bismarck zur Seite zu stehen.

bestehenden Gewerkschaften der Metallarbeiter und Manufakturarbeiter zurückbleiben.

Doch diese Versammlung war nur, wenn ich so sagen soll, das Vorbild der Volksversammlung vom 17., in welcher Bracke über „Staatshilfe“ und über das „Haftgesetz“ referirte. Gewiß, ich habe schon vielen, und zahlreich besuchten Versammlungen beigewohnt, doch keiner noch, die so massenhaft besucht gewesen wäre. Wahrsagig! einer Völkerverammlung gleich, wälzte die Arbeiterbevölkerung von Chemnitz, nach dem 5000 Personen fassenden „Apollon-Saal“, der bald nach 8 Uhr schon, Kopf an Kopf gefüllt, richtiger überfüllt war. Ein imposanter Anblick, diese wogenden Arbeiter-Massen, die mit bewundernswürdiger Ruhe und gespanntester Aufmerksamkeit, den Reden, die ebenso ruhig als sachlich die fraglichen Themen behandelten, folgten. Männer und Frauen, Greise und Jünglinge legten hier Zeugniß ab, wie sehr die Arbeiter Sachsen von der sozialdemokratischen Bewegung ergriffen sind.

Wahrscheinlich wird von anderer Seite Eingehendes über die Versammlung berichtet werden, mich drängt es nur zu konstatiren, daß die Bersplitterung und Verbeugung der Arbeiter in Chemnitz überwunden, daß dort weder „Schweizerianer“, noch „Rendeaner“, noch „Volksparteiler“, sondern nur „Sozialdemokraten“ sind.

Herzlich lachen aber mußte ich über den Bericht eines H. Stiegler im „Neuen Sozial-Demokrat“ vom heutigen Datum, der als Repräsentant einer traurigen Vergangenheit und als einziges Mitglied der schweizerischen Partei in Chemnitz seinem gepreßten Herzen in einigen Stoßseufzern über den „Bürger“ Most, und die „Eisenacher Volksparteiler“ Luft macht. Zur Ertheuerung der Chemnitzer Arbeiter, denen leider die Stillschüßungen des Herrn Stiegler nicht zu Gesicht kommen, möge nachstehender Satz aus demselben hier Platz finden:

„Bei meinem Abtreten von der Tribüne, eilte mir der „Bürger“ Most nach und fragte: „Warum Herr Stiegler kommen Sie nicht öfter in unsere Versammlungen und unterstützen uns mit Vorträgen?“ Theodor Jork.“

Barmen, 14. August. Ich protestire entschieden dagegen, daß in unserm Blatte die alten persönlichen Streitigkeiten zwischen den „Arbeiterführern“ wieder beginnen. Wie kann in einem Brief vom Jahre 1865 der „Graf Bismarck“ erwähnt sein, da der Grafenittel erst eine Folge von 1866 war? Nach dem gewaltigen Ereignissen in Paris, welche mancher Ansicht geläutert haben werden, und welche der Sozial-Demokratie eine ganz klare Stellung gegenüber Reaction und Bourgeoisie gegeben haben, dürfen diese alten kleinlichen Hecereien nicht weiter stattfinden. Wer nach dem Gemetzel in Paris, nach dem feigen Benehmen der französischen Bourgeoisrepublikaner, selbst von der äußersten Linken, noch etwas von Reaction und Bourgeoisie erwartet, der sei aus unserer Reihen ausgehoben! Aber die alten Sünden müssen verpflückt sein. Der Stuttgarter Kongreß hat sich bei der Grund- und Bodenfrage ja auch noch an die Staatsgewalt gewandt, und Freund Bebel hat im Reichstag selbst erklärt, daß er früher Anhänger von Schulze gewesen sei. Ich glaube, daß Herr Hasenclever früher wohl Neigungen für die preussische deutsche Spitze gehabt hat, glaube aber auch, daß sie ihm, wenn nicht schon früher, doch nach den rituellen Diensten derselben gegen die „Kämpfer für die deutsche Städteordnung“ und gegen den „gesunden Kern“ von Paris gründlich vergangen sein werden.

Die Revolution in Paris bildet einen scharf begränzten Abschnitt in der Geschichte der Sozial-Demokratie, in der Geschichte der Menschheit. Man lese den Schluß des Manifestes der Internationalen: Die Feinde, die Feinde, es giebt keine Verjüngung mehr!

(Zu diesem Brief haben wir zu bemerken:

1) Wir haben die Korrespondenz Becker-Sogarten (die vollständige Adresse des letztern „Eduard Sogarten in Rade vorm Wald“ ersehen wir aus Nr. 20 des „Neuen Sozialdemokrat“) nicht aufgenommen wegen der uns äußerst wenig interessirenden politischen Null Hasenclever, sondern zur Charakteristik des Herrn von Bismarck und der preussischen Regierungssozialisten, sowie um der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, welche das literarische Organ des offenen (nicht geheimen) Regierungssozialismus ist, den Denunziantenmund zu stopfen.

2) Die „alten persönlichen Streitigkeiten“ sind vom „Neuen Sozialdemokrat“ begonnen worden, der den „Volksstaat“, sowie die Person Beckers ohne alle Veranlassung aufs Geräthsel angegriffen hat.

3) Gerade weil die Commune so klärend gewirkt hat, gibt es keine Entschuldigung mehr für Diejenigen, welche jetzt noch um jeden Preis Zwist innerhalb der Arbeiterpartei zu erregen suchen. Das Gebahren des Hrn. Hasenclever seit dem Fall der Commune beweist, daß der Hasenclever von 1871 noch der Hasenclever von 1865 (Sogarten) und von 1870 ist (wo er extra nach Leipzig reiste, um Bebel und Liebknecht als Landesverräther der Lynchjustiz des besonnenen Bismarck-Patriotismus zu denunziren und es auch glücklich zu Wege brachte, daß Liebknecht die Fenster eingeworfen wurden unter den Klängen der „Wacht am Rhein“).

4) Der Irrthum mit dem Grafentitel kann höchstens ein Schreibfehler sein, da Hasenclever selbst die Richtigkeit der Korrespondenz nicht bestritten hat.

5) Wir sind überzeugt, daß die Veröffentlichung der Becker-Sogarten'schen Korrespondenz im Interesse der sozial-demokratischen Partei und ganz besonders des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war. D. R. d. B.

Briefkasten
der Expedition: R. Neuviges: 1 Thlr. f. Schriften erh. Sch. Menzinger: 1 Thlr. 10 Gr. Paket abgegangen. F. Köln: 4 Thlr. 10 Gr. Brief folgt. O. Breslau: 1 Thlr. erh. Besteltes sandte ich ab. Faerber: besgl. A. G. Hamburg: 1 Thlr. 15 Gr. f. Schriften. B. Gassel: Brief folgt. K. Dresden: 11 Gr. und 3 gr. für Porto. C. H. Grimmitzschau: Durch D. 70 St. erh. G. W. Barmen. Besteltes ging am 23. d. ab.

Für Breslau.
Sozial-demokratische Arbeiter-Partei.
Montag, den 28. d. M., Abends 8 Uhr: Geheime Zusammenkunft und Feil-Komitee-Sitzung im Warschauer Keller, Kupferstraße 11 und Schmiedestraße-Ed. Um zahlreiche Theilnahme ersucht H. Dehme.

Für Hamburg und Umgegend.
Die Versammlung zur Wahl des Parteiaussschusses
findet nicht heute, sondern morgen,
Sonntag, d. 27. August, Nachmittags 4 Uhr,
in Oberbahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31, statt.
Die Parteifarten sind vorzulegen.
Nähe jedes Mitglied aus Hamburg, Altona, Harburg und Wandsbeck präzis erscheinen. August Weib.

Die Expedition des „Volksstaat“ ist mit dem Verkauf der Partei-Schriften durch Kongreßbeschluss offiziell beauftragt und liefert den geehrten Parteigenossen **sämmtliche soziale, national-ökonomische wie überhaupt alle Parteischriften, Gedichte, Photographien etc.** zu soliden Preisen. Betrag wolle man bei Bestellung, wenn möglich beifügen.
Expedition des „Volksstaat“, Petersstraße 18.

Die Verhandlungen des 4. Kongresses der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Basel.
5 Bogen stark, 4 Stück 3 Rgr. sind zu beziehen durch Leipzig. C. E. Zeisert, Windmühlengasse 23.

Telegramm.
Auerbach, 24. August. Die Versammlungen in Lengsfeld und Treuen haben unbehelligt stattgefunden und sind glänzend verlaufen. In Lengsfeld hatte nur der Bürgermeister die Debatte verboten. (1)

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Heyner (Redaktion: Peterssteinweg 12). Druck u. Verlag: F. Thiele. (Expedition: Petersstr. 18.)

*) Vergl. den in letzter Nummer zitierten Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.“
**) Im Jahre 1867 erklärten die Straßburger Studenten in einer Antwortschreiben an die Berliner Studenten: Seit 1789 ist das Elsaß französisch.